IHK ELBE-WESER



Grafik Titelblatt: Prasit Rodphan/123rf.com

Außenwirtschaft aktuell

12/2026

2

Seminare 4

Sprechtage / Unternehmerreisen / Veranstaltungen 5

Webinar „Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) in der Praxis" am 8. Dezember 5
Informationstag Exportkontrolle am 10. Dezember in Frankfurt/M. 5
Deutsch-Französischer Wirtschaftstag am 11. Dezember in Berlin 5
Delegationsreise nach Serbien sowie Bosnien und Herzegowina vom 11. bis 16. April 2026 6

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 7

Ägypten: Verordnung erleichtert Mitarbeiterentsendung nach Ägypten 7
Brasilien: Abschaffung von Zöllen auf Musikinstrumente und Nähmaschinen 7
EU: Schutzmaßnahmenuntersuchung zu Hybridfahrzeugen 7
EU: Antidumping - Einfuhren von PET aus China 7
EU: Antidumping - Zitrusfrüchte mit Ursprung in China 8
EU: Antidumping - Flachgewalzte Aluminiumerzeugnisse mit Ursprung in China 8
EU: Antidumping - Silicium mit Ursprung in China, Taiwan und Südkorea 8
EU: Antidumping - Kabel und Seile aus Stahldraht 8
EU: Zollkontingente für Fischereierzeugnisse 8
EU: Verlängerung der Sanktionen in Bezug auf chemische Waffen 9
EU: Erweiterung der Russland-Sanktionsliste 9
EU: Armenien werden Handelserleichterungen gewährt 9
EU: Kombinierte Nomenklatur - Neue Version 2027 10
EU: Pan-Europa-Mittelmeer-Zone (PEM): Ende des Übergangszeitraums am 31.12.2025 - Update des Zolls 10
Kanada: Rechtliche Gestaltung beim Markteintritt 10
Katar: Anpassung von Zöllen und Verbrauchsteuerregeln 10
Syrien: Zölle auf ausgewählte Industriegüter gesenkt 11
Ukraine: Importkontrollen für ausgewählte Produkte verschärft 11
USA: Neue Vorgaben zur Lebensmittelsicherheit 11
USA: Update zu US-Zöllen auf Waren aus Kanada 11
USA: Untersuchung zu Robotik und Industriemaschinen abgeschlossen 12
USA: Untersuchung zu Windturbinen abgeschlossen 12

Ländernotizen 13

Australien: Verschärfung der KI-Transparenzpflichten 13
Chile: Megareform 13
EU: Register der wirtschaftlichen Eigentümer in Europa 13
Luxemburg: Senkung der Körperschaftsteuer geplant 14

3

Serbien: Einführung des digitalen Carnetverfahrens (eATA Carnet) ab 1. Februar 2027 14
Ukraine: Neue Grundlage für Factoring geschaffen 14
VAE: Zwei neue Freihandelsabkommen in Kraft 15

Verschiedenes 16

Erhöhte Nutzung von Freihandelsabkommen zu erkennen 16

Impressum 17

Seminare

02.12.	Export- und Zollabwicklung EU und Drittländer	Online
03.12.	Umsatzsteuer bei Reihen-und Dreiecksgeschäften in EU-Binnenmarkt und Drittländer	Online
07.12.	Lieferantenerklärungen verstehen, ausstellen und anwenden	Online
05.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027 INTENSIV	Online
07.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
08.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
14.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
15.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
19.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
20.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
21.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
22.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
25.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
27.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online
28.01.	Änderungen im Zoll und Außenwirtschaftsrecht 2027	Online

5

Sprechtage / Unternehmerreisen / Veranstaltungen

Webinar „Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) in der Praxis" am 8. Dezember

Ab dem 30. Dezember 2026 greifen die Pflichten der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) für große und mittlere Unternehmen, für kleine und Kleinstunternehmen in der Regel ab dem 30. Juni 2027. Betroffen sind Holz, Kakao, Kaffee, Soja, Palmöl, Kautschuk und Rinder sowie viele Erzeugnisse daraus, von Möbeln und Papier bis zu Schokolade. Wer solche Waren als Erster in der EU in Verkehr bringt oder ausführt, muss mit einer Sorgfaltserklärung belegen, dass dafür nach dem 31. Dezember 2020 kein Wald gerodet wurde und sie legal erzeugt wurden.

In dem Webinar niedersächsischer IHKs klären wir, ob und in welcher Rolle Ihr Unternehmen betroffen ist und welche Pflichten daraus folgen. Wir zeigen, welche Angaben Sie von Ihren Lieferanten brauchen, etwa die Koordinaten der Anbau- und Ernteflächen, wie die Risikobewertung abläuft und wie Sie die Sorgfaltserklärung im EU-Informationssystem einreichen. Außerdem geht es um die Änderungen der letzten Monate. Händler und nachgelagerte Marktteilnehmer müssen seit der Reform vom Dezember 2025 keine eigene Sorgfaltserklärung mehr abgeben, und Leder sowie runderneuerte Reifen sind inzwischen aus dem Anwendungsbereich gestrichen. Im Anschluss ist Zeit für Ihre Fragen. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Weitere Informationen sowie den Anmeldemöglichkeit finden Sie auf der Website der IHK für Ostfriesland und Papenburg

Informationstag Exportkontrolle am 10. Dezember in Frankfurt/M.

Am 10. Dezember 2026 findet in Frankfurt am Main der Informationskontrolltag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) statt. Auch in diesem Jahr wird die Veranstaltung wieder als Livestream angeboten. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite des BAFA.

Deutsch-Französischer Wirtschaftstag am 11. Dezember in Berlin

Der Deutsch-Französische Wirtschaftstag findet am 11. Dezember 2026 von 08:30 bis 13:45 Uhr in der European School of Management and Technology in Berlin statt. Es erwarten Sie hochrangige Führungskräfte, Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträger aus Deutschland und Frankreich, um gemeinsam über die zentrale Herausforderung für eine gemeinsame Zukunft zu diskutieren: „Europas Zukunft sichern“. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite der AHK Frankreich.

6

Delegationsreise nach Serbien sowie Bosnien und Herzegowina vom 11. bis 16. April 2026

Vom 11. bis 16. April 2027 wird der Niedersächsische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, Herr Tonne, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina besuchen. Vorgesehene Stationen der Reise sind Belgrad und Sarajevo. Die Reise dient dem Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Niedersachsen und den beiden Ländern. Im Mittelpunkt stehen insbesondere die Themen Absatz und Einkauf, Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten, digitale Wirtschaft/KI, Fachkräftesicherung, Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Energiewirtschaft und erneuerbare Energien. Das Programm wird wirtschaftliche und politische Gespräche, Netzwerkveranstaltungen sowie Unternehmensbesuche vorsehen.

Unternehmensvertreterinnen und -vertreter niedersächsischer Unternehmen sind herzlich eingeladen, an der Reise teilzunehmen.

Nähere Informationen zur Reise, den Kosten und zur Anmeldung finden Sie auf der Webseite der IHK Hannover.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Ägypten: Verordnung erleichtert Mitarbeiterentsendung nach Ägypten

Im Gegensatz zum alten Recht unterscheidet das neue zwischen Arbeitsmigration und Mitarbeiterentsendung.

Ende Dezember 2025 hat der ägyptische Arbeitsminister die Verordnung Nr. 279/2025 über die Voraussetzungen und Verfahren zur Erteilung einer Arbeitsgenehmigung für Ausländer (VO Nr. 279) verabschiedet und in Kraft gesetzt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Brasilien: Abschaffung von Zöllen auf Musikinstrumente und Nähmaschinen

Im Musiksektor entfällt der Einfuhrzoll für verschiedene Saiten- und Blasinstrumente. Zu den begünstigten Produkten zählen unter anderem Violinen, Violen, Violoncellos, Kontrabässe, Gitarren, Harfen und "Cavaquinhos" sowie Trompeten, Posaunen, Tuben, Waldhörner, Eufonien, Klarinetten, Akkordeons und Flöten. Von der Zollbefreiung profitieren außerdem Mikrofone.

Der Importzoll für Haushaltsnähmaschinen wurde ebenfalls auf 0 Prozent reduziert. Obwohl diese zolltariflich als Haushaltsgeräte eingestuft werden, kommen sie in Brasilien auch in kleinen Unternehmen der Textil- und Bekleidungsindustrie zum Einsatz.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Schutzmaßnahmenuntersuchung zu Hybridfahrzeugen

Die EU reagiert mit der Untersuchung auf einen massiven Importanstieg von Hybridfahrzeugen. Die Einfuhren nahmen im Zeitraum von 2023 bis Mitte 2025 um 49 Prozent zu. Die Einfuhren wirken sich negativ auf den Marktanteil der EU-Hersteller aus. Bei der Untersuchung wird ermittelt, ob Unionsherstellern durch die erhöhten Einfuhren eine bedeutende Schädigung entsteht oder zu entstehen droht. Nach Abschluss der Untersuchung kann die EU Schutzmaßnahmen einführen, zum Beispiel in Form von Zusatzzöllen oder Kontingenten.

Weitere Informationen: EUR-Lex

Quelle: Europäische Kommission, Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Antidumping - Einfuhren von PET aus China

Die Europäische Kommission hat am 30.10.2026 Antidumpingzölle auf Einfuhren von Spinnvlies aus Polyethylenterephthalat (PET) aus der Volksrepublik China in die EU verhängt. Die festgesetzten endgültigen Antidumpingzölle liegen zwischen 39,8 % und 48,1 % und gelten für fünf Jahre. Seit Mai 2026 galten vorläufige Zölle in Höhe von 45,6 % bis 50 %.

Weitere Informationen: EUR-Lex

Quelle: Europäische Kommission

EU: Antidumping - Zitrusfrüchte mit Ursprung in China

Auf die Einfuhren von Zitrusfrüchten mit Ursprung in China gelten Antidumpingmaßnahmen. Im Oktober 2025 leitete die Europäische Kommission eine Auslaufüberprüfung ein. Nun gibt sie die Verlängerung der Antidumpingmaßnahmen bekannt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Antidumping - Flachgewalzte Aluminiumerzeugnisse mit Ursprung in China

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit Durchführungsverordnung (EU) 2021/1784 eingeführt wurde. Im Januar 2026 gab die EU-Kommission das bevorstehende Außerkrafttreten zum 12. Oktober 2026 bekannt. Nun leitet sie eine Auslaufüberprüfung ein.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Antidumping - Silicium mit Ursprung in China, Taiwan und Südkorea

Im August 2022 verlängerte die EU-Kommission mit Durchführungsverordnung (EU) 2022/1394 die Antidumpingmaßnahmen auf Einfuhren von Silicium mit Ursprung in China. Im September 2026 gab sie die Einleitung einer Interimsuntersuchung bekannt. Nun ordnet sie die zollamtliche Erfassung der Einfuhren ab 27. Oktober 2026 an.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Antidumping - Kabel und Seile aus Stahldraht

Im September 2026 leitete die EU-Kommission ein Antidumpingverfahren ein. Nun ordnet die EU-Kommission die zollamtliche Erfassung aller Einfuhren bestimmter Kabel und Seile aus Stahldraht mit Ursprung in Indien, Thailand und der Türkei ab 31. Oktober 2026 an.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Zollkontingente für Fischereierzeugnisse

Die EU senkt beziehungsweise setzt die Einfuhrzölle auf eine Reihe von Fischereierzeugnissen im Rahmen von Kontingenten aus. Die aktuellen Zollkontingente gelten gemäß Verordnung (EU)

2023/2720 vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2026. Die Geltungsdauer der Verordnung wird bis Ende 2027 verlängert.

Eine Auflistung der Kontingentsmengen findet sich im Anhang der Verordnung (EU) 2023/2720.

Die Zollbefreiungen gelten nicht für Fischereierzeugnisse mit Ursprung in Belarus und Russland. Der Grund hierfür sind die EU-Sanktionen, die die EU aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine erlassen hat.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Verlängerung der Sanktionen in Bezug auf chemische Waffen

Die EU verlängert das Sanktionsregime gegen den Einsatz und die Verbreitung chemischer Waffen bis zum 30. Oktober 2031. Die restriktiven Maßnahmen gegenüber einzelnen gelisteten Personen gelten bis 30. Oktober 2027.

Die Sanktionen betreffen zurzeit 31 Personen sowie sechs Organisationen. Es bestehen Einreiseverbote in die Europäische Union (EU). Zudem werden Vermögenswerte eingefroren und es ist verboten, den gelisteten Personen und Organisationen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.
Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Erweiterung der Russland-Sanktionsliste

Mit den beiden EU-Verordnungen 2026/2281 sowie 2026/2292 hat die EU mit Wirkung vom 12. Oktoer 2026 über 1600 weitere Personen und Organisationen in den Anhang I der Verordnung 269/2014 aufgenommen.

Die Verordnung 2026/2292 enthält 77 Personen, die an der Organisation von Wahlen zur russischen Staatduma im September 2026 beteiligt waren. Mit der Verordnung 2026/2281 unterwirft die EU 826 Organisationen und 743 Personen restriktiven Maßnahmen gemäß der VO 269/2014, die am militärisch-industriellen Komplex Russlands beteiligt sind.

Gemäß Art.2 VO 269/2014 werden sämtliche Gelder, die einer in Anhang I dieser Verordnung gelisteten Person oder Einrichtung gehören, in ihrem Besitz sind oder von ihr gehalten oder kontrolliert werden, eingefroren. Außerdem dürfen ihnen weder unmittelbar noch mittelbar Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Armenien werden Handelserleichterungen gewährt

Die EU gewährt mit Verordnung (EU) 2026/2269 umfangreiche Handelserleichterungen für Einfuhren mit Ursprung in Armenien. Betroffen sind vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Obst, Gemüse und Blumen sowie Getränke und Spirituosen.

- Anhang I enthält die Liste der Waren, die zollbefreit in die EU eingeführt werden können.

- Anhang II enthält die Liste der Waren, die im Rahmen von Kontingenten zollbefreit in die EU eingeführt werden können.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Kombinierte Nomenklatur - Neue Version 2027

Die Europäische Kommission hat die neue Version der Kombinierten Nomenklatur (KN) 2027 vorgelegt. Sie gilt ab 1. Januar 2027.

Sie finden die neue Version hier: Durchführungsverordnung (EU) 2026/2163

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Pan-Europa-Mittelmeer-Zone (PEM): Ende des Übergangszeitraums am 31.12.2025 - Update des Zolls

Mit dem Ende des PEM-Übergangszeitraums zum 31.12.2025 gelten verschiedene Präferenznachweise - je nachdem, ob das revidierte Regionale Übereinkommen (RÜ) oder das alte RÜ gilt. Am 28.10.2026 hat der Zoll einen aktualisierten Stand herausgegeben.

Quelle: GZD

Kanada: Rechtliche Gestaltung beim Markteintritt

Deutsche Unternehmen haben vielfältige Möglichkeiten, in Kanada geschäftlich tätig zu werden. Dabei sind steuer- und gesellschaftsrechtliche Vorgaben besonders zu beachten.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Katar: Anpassung von Zöllen und Verbrauchsteuerregeln

Katar hat im Amtsblatt vom 16. September 2026 Änderungen bei Zöllen und Verbrauchsteuern veröffentlicht.

Das Dekret Nr. 45/2026 erhöht die Einfuhrzölle für ausgewählte Agrarprodukte.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Syrien: Zölle auf ausgewählte Industriegüter gesenkt

Mit dem Dekret Nr. 188/2026 hat Syrien ausgewählte Positionen des seit Juni 2026 geltenden harmonisierten Zolltarifs geändert. Die Änderungen betreffen Warenbeschreibungen, Zolltarifnummern und Abgabensätze sowie teilweise die Voraussetzungen für deren Anwendung. Das Dekret trat am 11. Oktober 2026 in Kraft.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Ukraine: Importkontrollen für ausgewählte Produkte verschärft

Das ukrainische Ministerium für Agrarpolitik hat die Liste der Lebens- und Futtermittel nicht-tierischen Ursprungs, die an der Grenze verstärkt kontrolliert werden, aktualisiert.

Grundlage der verstärkten Kontrollen ist die Anordnung vom 1. September 2026, Nr. 10.

Bestimmte Erdnussprodukte aus Argentinien wurden wieder in die Liste aufgenommen und werden auf Aflatoxine kontrolliert. Für Zimt aus Indien wurden Kontrollen auf Ethylenoxid eingeführt. Getrocknete und gemahlene Capsicum-Paprika aus Indien wurden dagegen von der Aflatoxin-Kontrolle ausgenommen.

Die erweiterte Kontrolle bestimmter UCG-FEA-Codes (ukrainische Zolltarifnummern) erfolgt unter Berücksichtigung der in der Liste angegebenen Warenbezeichnung und des Verwendungszwecks der Waren.

Importeure sollten prüfen, ob die Versanddokumente den neuen Anforderungen entsprechen. So lassen sich zusätzliche Labortests und Verzögerungen an der Grenze vermeiden.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Neue Vorgaben zur Lebensmittelsicherheit

Die Neufassung des Food Code in den USA bringt neue Regelungen zur Lebensmittelsicherheit, erweitert bestehende Vorgaben und schafft zusätzliche Spielräume.

Die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA) hat Ende September 2026 eine neue Ausgabe des FDA Food Code veröffentlicht. Es handelt sich dabei um die erste vollständige Neuausgabe seit 2022. Der Food Code enthält Musteranforderungen und Empfehlungen zur Lebensmittelsicherheit für Betriebe, in denen Lebensmittel zubereitet oder verkauft werden (zum Beispiel Restaurants oder Supermärkte). Ziel ist es, einheitliche Standards zu fördern und Verbraucher besser vor lebensmittelbedingten Erkrankungen zu schützen.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Update zu US-Zöllen auf Waren aus Kanada

Die USA ändern ihre Section-338-Zölle gegenüber Kanada erneut: Weitere Zolltarifpositionen kommen hinzu, einige Produkte werden von der Liste gestrichen.

Zunächst positiv verlaufende Handelsgespräche führten letztlich nicht zum Erfolg, woraufhin die USA bestimmte kanadische Produkte mit weiteren Zöllen auf Grundlage von Section 338 of the Tariff Act of 1930 belegt haben. Kanada reagierte auf die US-Zusatzzölle mit eigenen Maßnahmen. Die USA kündigten daraufhin weitere Vergeltungsmaßnahmen an.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Untersuchung zu Robotik und Industriemaschinen abgeschlossen

Am 2. September 2025 leitete der Handelsminister eine Untersuchung gemäß Section 232 (19 U.S.C. 1862) ein, um die Auswirkungen der Einfuhr von Robotik und Industriemaschinen auf die nationale Sicherheit zu ermitteln. Dabei sollen mehrere zentrale Aspekte untersucht werden, darunter die derzeitige und prognostizierte Nachfrage der beschriebenen Waren in den USA; die Rolle der ausländischen Lieferketten bei der Deckung der US-Nachfrage; die Möglichkeiten der inländischen Produktion sowie die Auswirkungen ausländischer staatlicher Subventionen auf die US-Wettbewerbsfähigkeit.

Inzwischen ist die Untersuchung abgeschlossen und der US-Präsident teilt mit, dass vorerst keine Zusatzzölle gemäß Section 232 eingeführt werden. Vielmehr sollen in den nächsten Monaten Gespräche und Verhandlungen mit den entsprechenden Handelspartnern geführt werden.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Untersuchung zu Windturbinen abgeschlossen

Am 13. August 2025 leitete der Handelsminister eine Untersuchung gemäß Section 232 (19 U.S.C. 1862) ein, um die Auswirkungen der Einfuhren von Windturbinen und deren Teilen und Komponenten auf die nationale Sicherheit zu ermitteln.

Inzwischen ist die Untersuchung abgeschlossen und der US-Präsident teilt mit, dass vorerst keine Zusatzzölle gemäß Section 232 eingeführt werden. Vielmehr sollen in den nächsten Monaten Gespräche und Verhandlungen mit den entsprechenden Handelspartnern geführt werden.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

13

Ländernotizen

Australien: Verschärfung der KI-Transparenzpflichten

Ab Dezember 2026 gelten in Australien neue Transparenzpflichten für KI und automatisierte Entscheidungsprozesse. Unternehmen müssen ihre Datenschutzerklärungen anpassen.

Australien verschärft die Anforderungen an Unternehmen, die automatisierte Entscheidungsprozesse einsetzen. Das Office of the Australian Information Commissioner (OAIC) hat seine endgültige Leitlinie (New resources on transparency for use of AI and automated decision-making) zu den neuen Transparenzpflichten veröffentlicht. Ab dem 10. Dezember 2026 sind Unternehmen verpflichtet, offenzulegen, wenn Computerprogramme Entscheidungen über Personen treffen oder diese maßgeblich beeinflussen. Grundlage sind die Australian Privacy Principles (APP).

Die neuen Vorgaben betreffen nicht nur den Einsatz von KI-Systemen, sondern umfassen auch den Einsatz von gewöhnlichen Softwaresystemen sowie anderen regelbasierten Anwendungen.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Chile: Megareform

Weniger Steuern, mehr Investitionssicherheit und neue Umweltvorschriften: Chiles Wirtschaftsreform bringt wichtige Änderungen für deutsche Unternehmen.

Mit dem Gesetz Nr. 21.850 hat Chile im Oktober 2026 eine umfassende Wirtschaftsreform verabschiedet. Sie soll Wachstum fördern, Investitionen anziehen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die Reform senkt die Körperschaftsteuer bis 2029 schrittweise, ändert die Dividendenbesteuerung und schafft neue Steuervergünstigungen. Investoren können zudem bei Projekten ab 50 Millionen US-Dollar mit dem Staat Verträge über steuerliche Stabilität für bis zu 20 Jahre schließen. Im Umweltrecht werden Genehmigungsverfahren vereinfacht. Zugleich bleiben Umweltgenehmigungen gerichtlich überprüfbar.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Register der wirtschaftlichen Eigentümer in Europa

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sind verpflichtet, ein Register der wirtschaftlichen Eigentümer einzurichten.

Diese Register führen die Daten der wirtschaftlich Berechtigten (ultimate beneficial owners – UBOs) von juristischen Personen und anderen Einrichtungen. Die öffentliche Einsichtnahme in die Register hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit Urteil vom 22. November 2022 für ungültig erklärt. Aufgrund dieser Entscheidung ist zur Einsichtnahme ein berechtigtes Interesse erforderlich.

Die neu eingerichtete Behörde für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Anti-Money Laundering Authority – AMLA) nahm im Sommer 2025 ihre Arbeit auf.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Luxemburg: Senkung der Körperschaftsteuer geplant

Die im Haushaltsentwurf für 2027 vorgestellten Steuerpläne der luxemburgischen Regierung sollen Unternehmen entlasten und für mehr Investitionen sorgen. Die Regierung Luxemburgs will das Land wettbewerbsfähiger machen. Dazu soll die Körperschaftsteuer im kommenden Jahr für Gewinne über 250.000 Euro von 16 auf 15 Prozent sinken, für Gewinne bis zu 200.000 Euro sogar von 14 auf 13 Prozent. Für Gewinne zwischen diesen Werten gibt es eine Zwischenberechnung. Steigen soll hingegen die Steuergutschrift für Investitionen in die digitale und energetische Transformation, und zwar von 18 auf 21 Prozent.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Serbien: Einführung des digitalen Carnetverfahrens (eATA Carnet) ab 1. Februar 2027

Die Internationale Handelskammer (ICC) in Paris hat die DIHK darüber informiert, dass das digitale Carnetverfahren (eATA Carnet) in Serbien zum 1. Februar 2027 offiziell eingeführt wird. Ab diesem Zeitpunkt werden Carnetinhaber bei der Einfuhr in Serbien aufgefordert, einen QR-Code vorzulegen.

Quelle: DIHK

Ukraine: Neue Grundlage für Factoring geschaffen

Für deutsche Unternehmen, die Waren oder Dienstleistungen an ukrainische Geschäftspartner liefern, könnte Factoring die Finanzierung bestehender Außenstände erleichtern.

Das ukrainische Gesetz Nr. 4466-IX über Factoring schafft einen neuen und umfassenden Rechtsrahmen für Factoringgeschäfte in der Ukraine. Das Gesetz ist seit dem 30. Juli 2026 in Kraft.

Die Reform verfolgt das Ziel, Unternehmen einen leichteren Zugang zu Liquidität zu ermöglichen. Die Novelle erhöht die Rechtssicherheit bei der Abtretung von Forderungen, fördert die Digitalisierung von Factoringprozessen und sorgt für mehr Transparenz auf dem Factoringmarkt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

VAE: Zwei neue Freihandelsabkommen in Kraft

Die Vereinigten Arabischen Emirate bauen ihr Netz an Handelsabkommen weiter aus. Zwischen den VAE und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) ist am 6. Oktober 2026 ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Comprehensive Economic Partnership Agreement, CEPA) in Kraft getreten. Zur Eurasischen Wirtschaftsunion gehören Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Russland. Das Abkommen wurde im Juni 2025 unterzeichnet.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Verschiedenes

Erhöhte Nutzung von Freihandelsabkommen zu erkennen

Der Handel zwischen der Europäischen Union und ihren Präferenzhandelspartnern steigt weiter an. Vorteile der Freihandelsabkommen werden sichtbarer.

Handelsabkommen werden seit einigen Jahren vermehrt genutzt, um den Handel zu liberalisieren. Dabei greifen auch immer mehr Unternehmen auf den Präferenzhandel zurück. Nach einem aktuellen Berichts der Europäischen Kommission entfielen 2025 46,3 Prozent des EU-Handels auf Präferenzhandelsabkommen. Ein weiterer Anstieg ist bereits für das erste Quartal 2026 zu erwarten. Eine Erhöhung auf 53,3 Prozent wird durch die positiven Entwicklungen bei den EU-Handelsabkommen mit dem Mercosur, Mexiko, Indonesien, Indien und Australien prognostiziert.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Impressum

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer (IHK) Elbe-Weser
Am Schäferstieg 2
21680 Stade

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter: https://www.ihk.de/elbeweser/